

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 §1 Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 §1 Nummer 3, Artikel 2 §2 und Artikel 2 §5, eingefügt durch Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats vom ...;

In Erwägung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 8 wird wie folgt ersetzt:

„8. kleine und mittlere Unternehmen (KMU): die Kleinstunternehmen sowie die kleinen und mittleren Unternehmen definiert gemäß Anhang I der Verordnung;“

2. Nummer 9 wird wie folgt ersetzt:

„9. Großunternehmen: Unternehmen, auf die die in Anhang I der Verordnung aufgeführte Definition nicht zutrifft;“

3. Nummer 10 wird wie folgt ersetzt:

„10. Arbeitnehmer: Personal, das im Rahmen des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über die

Arbeitsverträge beschäftigt wird;“

4. folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. Verordnung: die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.“

Art. 2 – In Artikel 2 Absatz 1 desselben Erlasses wird im einleitenden Satz die Wortfolge „Artikels 2, Buchstabe d) und e), der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001“ durch die Wortfolge „Kapitels I und des Artikels 31 der Verordnung“ ersetzt.

Art. 3 – In Artikel 3 desselben Erlasses wird die Wortfolge „EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 in Bezug auf die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen“ durch das Wort „Verordnung“ ersetzt.

Art. 4 – In Artikel 4 desselben Erlasses wird folgender §3 eingefügt:

„§3 – Es werden nur Ausbildungsbeihilfen zu Gunsten von Unternehmen gewährt, die zum Zeitpunkt der Einreichung des Antrages gemäß Artikel 14 ihre Verpflichtungen gegenüber dem Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen und dem Landesamt für soziale Sicherheit erfüllen.“

Art. 5 – Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. November 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Nummer 1 wird der Betrag „neun Euro“ durch den Betrag „10,70 Euro“ ersetzt;

2. in §1 Nummer 2 wird der Betrag „sechs Euro“ durch den Betrag „7,10 Euro“ ersetzt;

3. §2 wird aufgehoben.

4. §3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 – Die Ausbildungsbeihilfe ist ab dem Datum des Beginns der Ausbildungen begrenzt auf:

1. 17.900 Euro pro kleines und mittleres Unternehmen (KMU) pro Jahr;

2. 23.800 Euro pro Großunternehmen pro Jahr.“

5. in §4 wird die Wortfolge „gemäß Artikel 10 abgeschlossener Konvention“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel 14 eingereichtem Antrag“ ersetzt;

6. folgender §5 wird eingefügt:

„§5 – Der Minister kann die in den §§1 und 3 erwähnten Beträge zum 1. Januar eines jeden Jahres im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel anpassen, indem der Indexstand des Monats März des vorhergehenden Kalenderjahres durch den Indexstand des Monats März des vorletzten Kalenderjahres geteilt wird und mit den zum Zeitpunkt der Indexierung gültigen Beträgen multipliziert wird.

Die in §1 erwähnten und gemäß Absatz 1 indexierten Beträge werden auf ein Vielfaches von 0,10 Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob die zweite Dezimalstelle 0,05 erreicht oder nicht. Es wird aufgerundet, wenn die zweite Dezimalstelle mindestens 5 beträgt.

Die in §3 erwähnten und gemäß Absatz 1 indexierten Beträge werden auf ein Vielfaches von 100 Euro auf- oder abgerundet, je nachdem, ob die letzten beiden Ziffern 50 erreichen oder nicht.

Als Grundlage für den Vergleich der Indexzahlen dient der Gesundheitsindex, wie er durch Königlichen Erlass vom 24. Dezember 1993 zur Ausführung des Gesetzes vom 6. Januar 1989 zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Landes eingeführt wurde.“

Art. 6 – Artikel 7 §1 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Als zulässige Kosten, die durch die Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen

abgedeckt werden können, gelten ausschließlich die in Artikel 31 Nummern 3 und 4 der Verordnung vorgesehenen Kosten.“

Art. 7 – Artikel 10 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10 – Der Ausbildungszeitraum beträgt höchstens 18 Monate. Er beginnt frühestens nach Erhalt der Empfangsbestätigung des Arbeitsamtes gemäß Artikel 14 §1 Absatz 2.“

Art. 8 – Artikel 11 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 1 Absatz 1 werden die Sätze „Die Anwesenheiten werden durch die zu schulenden Arbeitnehmer unterzeichnet. Elektronische Systeme zur Erfassung der individuellen Ausbildungszeiten werden dem Ausbildungsregister gleichgestellt.“ eingefügt.

2. in Nummer 1 Absatz 2 wird das Wort „Konvention“ durch das Wort „Genehmigung“ ersetzt;

3. in Nummer 2 wird die Wortfolge „zwischen Arbeitsamt und dem Unternehmen abgeschlossenen Konvention“ durch das Wort „Genehmigung“ ersetzt;

Art. 9 – Artikel 12 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. die §§1-3 werden aufgehoben;

2. in §4 wird die Wortfolge „der Laufzeit der Konvention“ durch die Wortfolge „des Ausbildungszeitraums gemäß Artikel 10“ ersetzt;

3. §5 wird aufgehoben;

Art. 10 – Artikel 14 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. §1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Das Unternehmen reicht seinen Antrag vor Beginn der Ausbildungen auf elektronischem Weg oder in Papierform beim Arbeitsamt ein.

Das Arbeitsamt bestätigt den Empfang innerhalb von 5 Tagen nach Eingang des Antrags und fügt diesem Schreiben ebenfalls die durch das Arbeitsamt erstellten Modelle des Ausbildungsregisters sowie der Teilnahmebescheinigung bei.

Wenn nicht alle in §2 erwähnten Elemente zum Zeitpunkt des Antragseingangs vorliegen, teilt das Arbeitsamt dem Unternehmen gleichzeitig mit der in Absatz 2 erwähnten Bestätigung schriftlich mit, welche Elemente es innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Versand dieses Schreibens vorlegen muss.

In Abweichung von den Absätzen 2 und 3 werden die dort erwähnten Fristen bei Anträgen, die zwischen dem 15. Juni und dem 31. August beim Arbeitsamt eingehen, verdoppelt.

Reicht das Unternehmen innerhalb der in Absatz 3 und 4 erwähnten Fristen nicht die angeforderten Elemente nach, erklärt das Arbeitsamt den Antrag für unzulässig.“

2. §2 wird wie folgt abgeändert:

a) der einleitende Satz wird wie folgt ersetzt:

„Der Minister stellt auf Vorschlag des Arbeitsamtes ein Antragsformular zur Verfügung, das mindestens folgende Elemente umfasst“;

b) in Nummer 1 Buchstabe d) wird die Wortfolge „sowie eine Schätzung der Umsatzzahlen des laufenden Jahres“ gestrichen;

c) Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. eine ehrenwörtliche Erklärung, aus der hervorgeht, dass das Unternehmen seine Verpflichtungen gegenüber dem Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen und dem Landesamt für soziale Sicherheit erfüllt;“

d) die Nummern 4 und 5 werden wie folgt ersetzt:

„4. bei externen Ausbildungen: die Begründung zur Durchführung der Ausbildungsmaßnahme, die Angaben zu den Ausbildungsträgern und die Begründung der Wahl der

Ausbildungsträger;

5. bei internen Ausbildungen:

a) die Begründung zur Durchführung der Ausbildungsmaßnahme sowie der Wahl der Ausbilder;

b) der Name des Ausbilders, seine Qualifikation und gegebenenfalls seine informell erworbenen Kompetenzen;"

e) folgende Nummer 7 wird eingefügt:

"7. den Ausbildungszeitraum gemäß Artikel 10."

3. §3 wird aufgehoben.

Art. 11 – Artikel 15 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 15 – Innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags beschließt das Arbeitsamt, ob es eine Ausbildungsbeihilfe genehmigt oder nicht. Bei positivem Beschluss bittet das Arbeitsamt den Minister um seine Billigung der Genehmigung der Ausbildungsbeihilfe. Das Arbeitsamt fügt dem Gesuch an den Minister den Beschluss über die Genehmigung bei.

Der Minister übermittelt dem Arbeitsamt seine Entscheidung innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Billigungsgesuchs. Das Arbeitsamt übermittelt dem Unternehmen den Beschluss nach Erhalt der Billigung des Ministers.

Wenn das Arbeitsamt die Genehmigung verweigert, übermittelt das Arbeitsamt dem Unternehmen diesen Beschluss.

In dem in Absatz 3 erwähnten Fall kann das Unternehmen beim Minister Beschwerde einreichen. Das Unternehmen übermittelt dem Minister die begründete Beschwerde mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Verweigerung. Der Minister informiert das Arbeitsamt über den Eingang der Beschwerde. Das Arbeitsamt übermittelt dem Minister innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Beschwerde eine schriftliche Stellungnahme. Der Minister entscheidet innerhalb von einem Monat nach Erhalt der schriftlichen Stellungnahme des Arbeitsamtes über die Erteilung der Genehmigung.“

Art. 12 – Artikel 16 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 1 wird die Wortfolge „Unterzeichnung der Konvention“ durch die Wortfolge „Übermittlung des positiven Beschlusses an das Unternehmen gemäß Artikel 15 Absatz 2 oder der positiven Entscheidung des Ministers gemäß Artikel 15 Absatz 4“ ersetzt;

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. der Restbetrag wird nach Ablauf der Maßnahme und Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses ausbezahlt. Zu diesem Zweck lässt das Unternehmen dem Arbeitsamt innerhalb von einem Monat nach Ende der Ausbildung die Belege und Forderungsanmeldungen zukommen. Die abschließende Kontrolle durch das Arbeitsamt erfolgt innerhalb von einem Monat nach Erhalt der Forderungsanmeldung.“

Art. 13 – Die Artikel 18, 20 und 21 desselben Erlasses werden aufgehoben.

Art. 14 – Artikel 22 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„Art. 22 – Die durch vorliegenden Erlass festgelegten Fristen sind volle Arbeitstage. Die Frist beginnt am Tag nach der Handlung. Der Tag, an dem eine Frist abläuft, wird in die Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt. Eine Kalenderwoche hat fünf Arbeitstage.“

Art. 15 – In denselben Erlass wird folgender Artikel 22.1 eingefügt:

„Art. 22.1 – Anträge, die vor dem 1. Oktober 2020 beim Arbeitsamt eingereicht wurden, unterliegen in Bezug auf die Höhe der betreffenden Ausbildungsbeihilfe der Anwendung des Artikels 6 §§1 und 3 in seiner Fassung vom 30. September 2020.“

Art. 16 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Oktober 2020 in Kraft.

Art. 17 – Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

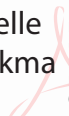
Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien
I. WEYKMANS

Isabelle
Weykma
ns



Digital
unterscriben von
Isabelle Weykmans
Datum: 2020.07.22
09:56:15 +02'00'

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1^{er}, 2°, remplacé par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 1^{er}, 3°, l'article 2, § 2, et l'article 2, § 5, inséré par le décret du 25 juin 2007;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le ...;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ...;

Vu l'avis n° du Conseil d'État, donné , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis du Conseil économique et social, donné le ***;

Considérant le règlement (UE) n° 651/2014 de la Commission du 17 juin 2014 déclarant certaines catégories d'aides compatibles avec le marché intérieur en application des articles 107 et 108 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} – À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 26 novembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 8° est remplacé par ce qui suit :

« 8° petites et moyennes entreprises (PME) : les microentreprises ainsi que les petites et moyennes entreprises définies selon l'annexe I^{re} du règlement; »

2° le 9° est remplacé par ce qui suit :

« 9° grandes entreprises : les entreprises ne répondant pas à la définition figurant à l'annexe I^{re} du règlement; »

3° le 10° est remplacé par ce qui suit :

« 10° travailleurs : le personnel qui est occupé dans le cadre de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail; »

4° l'article est complété par un 12° rédigé comme suit :

« 12° règlement : le règlement (UE) n° 651/2014 de la Commission du 17 juin 2014 déclarant certaines catégories d'aides compatibles avec le marché intérieur en application des articles 107 et 108 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. »

Art. 2 – Dans la phrase introductive de l'article 2, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots « de l'article 2, d) et e), du règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 » sont remplacés par les mots « du chapitre I^{er} et de l'article 31 du règlement ».

Art. 3 – Dans l'article 3 du même arrêté, les mots « règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides à la formation » sont remplacés par le mot « règlement ».

Art. 4 – L'article 4 du même arrêté est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 – Les aides à la formation sont octroyées uniquement aux entreprises qui, au moment de l'introduction de la demande conformément à l'article 14, remplissent leurs obligations envers le Service public fédéral Finances et l'Office national de Sécurité sociale. »

Art. 5 – À l'article 6 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 26 novembre 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, 1°, le montant « neuf euros » est remplacé par le montant « 10,70 euros »;

2° dans le § 1^{er}, 2°, le montant « six euros » est remplacé par le montant « 7,10 euros »;

3° le § 2 est abrogé;

4° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 – Dès le début des formations, l'aide à la formation est limitée à :

1° 17 900 euros par an pour une petite et moyenne entreprise (PME);

2° 23 800 euros par an pour une grande entreprise. »;

5° dans le § 4, les mots « par convention conclue conformément à l'article 10 » sont remplacés par les mots « par demande introduite conformément à l'article 14 »;

6° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 – Au 1^{er} janvier de chaque année, le Ministre peut adapter les montants dans la limite des crédits budgétaires disponibles, en divisant l'indice du mois de mars de l'année calendrier précédente par l'indice du mois de mars de l'avant-dernière année calendrier et en le multipliant par les montants valables au moment de l'indexation.

Les montants mentionnés au § 1^{er} et indexés conformément à l'alinéa 1^{er} sont arrondis au multiple de 0,10 supérieur ou inférieur, selon que la deuxième décimale atteint ou non 0,05. Le montant est arrondi à l'unité supérieure si la deuxième décimale est au moins égale à 5.

Les montants mentionnés au § 3 et indexés conformément à l'alinéa 1^{er} sont arrondis au multiple de 100 supérieur ou inférieur, selon que les deux derniers chiffres atteignent ou non 50.

L'indice-santé tel qu'établi par l'arrêté royal du 24 décembre 1993 portant exécution de la loi du 6 janvier 1989 de sauvegarde de la compétitivité du pays sert de base pour comparer les indices.

Art. 6 – Dans l'article 7, § 1^{er}, du même arrêté, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les coûts admissibles pouvant être couverts par l'aide à la formation pour des mesures de formation sont exclusivement ceux prévus à l'article 31, 3° et 4°, du règlement. »

Art. 7 – L'article 10 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10 – La formation dure au plus dix-huit mois. Elle commence au plus tôt dès la réception de l'accusé de réception adressé par l'Office de l'emploi conformément à l'article 14, § 1^{er}, alinéa 2. »

Art. 8 – À l'article 11 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 1° est complété par les deux phrases suivantes : « Les présences sont signées par les travailleurs en formation. Les systèmes électroniques destinés à saisir les temps de formation personnels sont assimilés au registre des formations. »;

2° dans le 1°, les mots « la convention » sont remplacés par les mots « l'autorisation »;

3° dans le 2°, les mots « à la convention conclue entre l'Office et l'entreprise » sont remplacés par les mots « à l'autorisation ».

Art. 9 – À l'article 12 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° les §§ 1^{er} à 3 sont abrogés;

2° dans le § 4, les mots « en cours de convention » sont remplacés par les mots « pendant la formation conformément à l'article 10 »;

3° le § 5 est abrogé.

Art. 10 – À l'article 14 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} – L'entreprise introduit sa demande auprès de l'Office de l'emploi avant le début des formations, par voie électronique ou sur papier.

L'Office de l'emploi accuse réception de la demande dans les cinq jours et joint également à cette lettre des modèles du registre de formation établi par lui ainsi que du certificat de fréquentation.

Si tous les éléments mentionnés au § 2 ne sont pas disponibles au moment de la réception de la demande, l'Office de l'emploi informera l'entreprise par écrit, en même temps que l'accusé de réception mentionné à l'alinéa 2, des éléments qu'elle doit présenter dans un délai de dix jours à compter de l'envoi de cette lettre.

Par dérogation aux alinéas 2 et 3, les délais y mentionnés sont doublés pour les demandes réceptionnées par l'Office de l'emploi entre le 15 juin et le 31 août.

Si l'entreprise ne fournit pas les éléments exigés dans les délais mentionnés aux alinéas 3 et 4, l'Office de l'emploi déclare la demande irrecevable.

2° au § 2, les modifications suivantes sont apportées :

a) la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« Sur la proposition de l'Office de l'emploi, le ministre met un formulaire de demande à disposition, qui reprend au moins les éléments suivants : »;

b) dans le 1°, d), les mots « , ainsi qu'une estimation du chiffre d'affaires pour l'année en cours » sont abrogés;

c) le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° une déclaration sur l'honneur dont il ressort que l'entreprise remplit ses obligations vis-à-vis du Service public fédéral Finances et l'Office national de Sécurité sociale; »

d) les 4° et 5° sont remplacés par ce qui suit :

« 4° pour les formations externes : les raisons expliquant la mise en œuvre de la mesure de formation, les données relatives aux opérateurs de formation et la raison pour laquelle ils ont été choisis;

5° pour les formations internes :

a) les raisons expliquant la mise en œuvre de la mesure de formation ainsi que le choix des formateurs;

b) le nom du formateur, ses qualifications et, le cas échéant, ses compétences acquises de manière informelle; »

e) le paragraphe est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° la durée de la formation conformément à l'article 10. »;

3° le § 3 est abrogé.

Art. 11 – L'article 15 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 15 – Dans les trente jours de la réception de la demande complète, l'Office de l'emploi décidera d'autoriser ou non une aide à la formation. Dans l'affirmative, l'Office de l'emploi sollicite l'approbation de l'autorisation par le Ministre. L'Office de l'emploi joint la décision relative à l'autorisation à la demande adressée au Ministre.

Le Ministre communique sa décision à l'Office de l'emploi dans les quinze jours suivant l'introduction de la demande d'approbation. L'Office de l'emploi transmet la décision à l'entreprise dès réception de l'approbation du Ministre.

Si l'Office de l'emploi refuse l'autorisation, il transmet sa décision à l'entreprise.

Dans le cas mentionné à l'alinéa 3, l'entreprise peut introduire un recours auprès du Ministre. L'entreprise communique au Ministre le recours motivé accompagné de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans le mois suivant la réception du refus. Le Ministre informe l'Office de l'emploi de la réception du recours. Dans le mois suivant la réception dudit recours, l'Office de l'emploi transmet au Ministre sa prise de position écrite. Dans le mois suivant cette transmission, le Ministre statue sur l'octroi de l'autorisation. »

Art. 12 – À l'article 16 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, les mots « après signature de la convention » sont remplacés par les mots « après transmission de la décision positive à l'entreprise conformément à l'article 15, alinéa 2, ou de celle du Ministre conformément à l'article 15, alinéa 4 »;

2° le 2° est remplacé par ce qui suit :

« 2° le solde est liquidé au terme de la mesure de formation et après vérification du respect des dispositions du présent arrêté. À cette fin, l'entreprise fait parvenir à l'Office de l'emploi, dans un délai d'un mois suivant le terme de la formation, les justificatifs et déclarations de créance. Le contrôle final par l'Office de l'emploi est effectué dans un délai d'un mois à compter de la réception de la déclaration de créance.

Art. 13 – Les articles 18, 20 et 21 du même arrêté sont abrogés.

Art. 14 – L'article 22 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« Art. 22 – Les délais fixés dans le présent arrêtés sont exprimés en jours francs. Le délai court à partir du lendemain du jour de l'acte. Le jour de l'échéance est compris dans le délai. Si ce jour coïncide avec un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant. Une semaine calendrier compte cinq jours ouvrables. »

Art. 15 – Dans le même arrêté, il est inséré un article 22.1 rédigé comme suit :

« Art. 22.1 – Les demandes introduites avant le 1^{er} octobre 2020 auprès de l'Office de l'emploi sont soumises, en ce qui concerne le montant de l'aide à la formation concernée, à l'application de l'article 6, §§ 1^{er} et 3, dans leur version en vigueur au 30 septembre 2020. »

Art. 16 – Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} octobre 2020.

Art. 17 – Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
I. WEYKMANS